

Thema der Woche

Neue Westbalkan-Strategie: Aktive Integration der Region in die EU muss fortgesetzt werden

In Kürze

Moderneres EU-Chile Assoziierungsabkommen schafft neue Geschäftschancen

Horizont 2020: Aufruf für Einrichtung eines Netzwerks von Cybersicherheits-Kompetenzzentren in Europa veröffentlicht

EWSA-Plenum: Industrieller Wandel im Gesundheitswesen, Paket öffentliche Auftragsvergabe

Neues aus der Kommission

Wirtschaftsprognose zeigt nach oben - Jetzt gezielte Investitionsanreize und Entlastungen für unsere Unternehmen!

Konsultation zu KMU-Definition eröffnet: KMU brauchen maßgeschneiderte Lösungen für spezielle Herausforderungen

Konsultation zur Verbesserung der gegenseitigen Anerkennung von Hochschulabschlüssen sowie von Qualifikationen der Sekundarstufe II

Neues aus dem Europäischen Parlament

Aus für Geoblocking hat weitreichende Konsequenzen für Unternehmen

Emissionshandelssystem: Nationale Maßnahmen müssen Verschärfungen auffangen

Neues aus dem Gerichtshof der EU

Nationale Gerichte dürfen Sozialversicherungsbescheinigungen im Betrugsfall außer Acht lassen

Inside Brussels

Österreicherin Jelinek wird oberste europäische Datenschutzbeauftragte

Statistik der Woche

Energieverbrauch in der EU sinkt weiter – Realistische Ziele setzen

Veranstaltungen

Europatag am 28. Februar in der WKÖ sucht Lösungen zum Fachkräftemangel

Jobs+Jobs+Jobs

Single Resolution Board sucht Senior Fund Expert

ESMA sucht Head of Corporate Affairs Department

EU-Agenda

EU-Kommission: 2243. Sitzung am 14.02.2018

EU-Rat: Ausgewählte Tagungen der kommenden Woche

EU-Kommission: Ausgewählte laufende Konsultationen

Impressum

EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich
Av. de Cortenbergh 30
B-1040 Brüssel
Telefon: +32 2 286 58 80
Internet: wko.at/eu

Redaktion:
Franziska Annerl
E-Mail: Franziska.Annerl@eu.austria.be



Folgen Sie uns auf facebook

Wenn Sie das EU-Panorama regelmäßig zugeschickt bekommen wollen oder sich vom Verteiler streichen lassen möchten, mailen Sie bitte an:
eu@eu.austria.be

Neue Westbalkan-Strategie: Aktive Integration der Region in die EU muss fortgesetzt werden

Die Europäische Kommission hat am **Dienstag** in Straßburg eine bereits 2017 angekündigte Westbalkanstrategie präsentiert. In dem Dokument mit dem Titel **„Strategie für eine glaubwürdige Erweiterungsperspektive für und ein verstärktes Engagement der EU gegenüber dem westlichen Balkan“** sind die **Prioritäten und Bereiche für eine verstärkte Zusammenarbeit festgelegt**. Ziel ist, die besonderen und wichtigen Herausforderungen, vor denen der westliche Balkan steht, zu bewältigen. Insbesondere sind **grundlegende Reformen** und **gutnachbarliche Beziehungen** erforderlich.

Konkret müssten der Strategie zufolge die **Bereiche Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte und Regierungsführung** bedeutend gestärkt werden. Darüber hinaus wird betont, dass bei den **Justizreformen, der Bekämpfung der Korruption und der organisierten Kriminalität sowie der Reform der öffentlichen Verwaltung** konkrete Ergebnisse erreicht werden müssen. Auch **Wirtschaftsreformen** sind mit Nachdruck **weiterzuverfolgen** und Maßnahmen zur Bekämpfung der strukturellen Schwächen, der geringen Wettbewerbsfähigkeit und der hohen Arbeitslosenquoten zu setzen.

Gleichzeitig mit der Strategie hat die Kommission **sechs Leitinitiativen** vorgelegt, um die Zusammenarbeit zwischen der EU und den Ländern des Westbalkan in den **Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit und Migration, sozioökonomische Entwicklung, Anbindung an die Verkehrs- und Energienetze, digitale Agenda sowie gutnachbarliche Beziehungen** zu intensivieren. Im Zeitraum 2018 bis 2020 sind für diese Bereiche eine **Reihe von konkreten Maßnahmen** vorgesehen.

Schließlich legt das Dokument auch die von **Montenegro und Serbien** zur Vollendung des Beitrittsprozesses mit **Zeithorizont 2025 noch zu vollziehenden Schritte** dar. Zwar könnten andere Länder noch aufschließen, aber bislang sind Montenegro und Serbien die beiden einzigen Länder, mit denen bereits Beitrittsverhandlungen geführt werden.

Die WKÖ begrüßt die Strategie: Aus unserer Sicht **muss gesichert sein**, dass die EU die treibende Kraft der Stabilisierung in den Ländern des Westbalkans bleibt und die **aktive Integration dieser Region in die EU fortgesetzt wird**. Gleichzeitig muss gewährleistet sein, dass die **Beitrittskandidatenländer die geforderten Reformen im Vorfeld des Beitritts lückenlos umsetzen**.

Die Region ist für Österreich wirtschaftlich von besonderer Bedeutung. In den letzten 15 Jahren machte der Handel mit Osteuropa mehr als ein Drittel des Gesamtvolumens aus. Österreichs Warenausfuhren nach Osteuropa insgesamt haben sich allein in den letzten zehn Jahren fast verdreifacht. Auch die österreichische Investitionstätigkeit ist im internationalen Vergleich außerordentlich stark auf Mittel- und Osteuropa konzentriert.

Ansprechpartner: **Martin Schmid**

Inhaltsverzeichnis

Moderneres EU-Chile Assoziierungsabkommen schafft neue Geschäftschancen

Die Kommission hat am 6. Februar einen **Bericht** zur zweiten Verhandlungsrunde der EU mit **Chile** für die Modernisierung des bestehenden Assoziierungsabkommens veröffentlicht. Zu dieser hatten sich die Verhandlungspartner vom 15. bis 19. Jänner in Santiago getroffen. Dabei wurden unter anderem die **Bereiche Warenverkehr, Dienstleistungen, Investitionen sowie geistiges Eigentum besprochen**. Ebenso hat die Kommission zusätzlich 18 ursprüngliche **Textvorschläge** publiziert, die die Position der EU in den einzelnen Teilbereichen des Abkommens widerspiegeln. Die ersten Gespräche zwischen der EU und Chile waren bereits im November 2017, kurz nach der Erteilung des Verhandlungsmandats durch den Rat, durchgeführt worden. **Für österreichische Unternehmen ist Chile nach Brasilien der zweitwichtigste südamerikanische Handelspartner**. Die österreichischen Exporte nach Chile konnten in den ersten drei Quartalen 2017 um mehr als 10,7 Prozent zulegen; insgesamt betragen diese circa 145 Millionen Euro im ersten Halbjahr 2017. Die WKÖ begrüßt die Verhandlungen mit Chile, da durch ein modernisiertes und ambitioniertes Abkommen neue Geschäftschancen für österreichische Unternehmen geschaffen werden.

Horizont 2020: Aufruf für Einrichtung eines Netzwerkwerks von Cybersicherheits-Kompetenzzentren in Europa veröffentlicht

Die Kommission hat vergangene Woche einen **Aufruf** zur Einreichung von Vorschlägen für eine **Maßnahme zur Einrichtung eines EU-weiten Netzwerks von Cybersicherheitskompetenzzentren** veröffentlicht. Die **Pilotmaßnahme in Höhe von 50 Millionen Euro** wird aus dem EU-Forschungsrahmenprogramm **Horizont 2020** finanziert. **Frist für die Einreichung von Projektvorschlägen ist der 29. Mai 2018.**

EWSA-Plenum: Industrieller Wandel im Gesundheitswesen, Paket öffentliche Auftragsvergabe

Auf der **Tagesordnung** der nächsten **Plenartagung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses am 14. und 15. Februar 2018** finden sich unter anderem **Stellungnahmen** zu folgenden Themen: Neue Strategie für die **Industriepolitik**, freier **Datenverkehr**, Cybersicherheit, Industrieller Wandel im Gesundheitswesen, Paket öffentliche Auftragsvergabe. An der Tagung wird EU-Kommissar **Avramopoulos** teilnehmen und mit den Mitgliedern über die Rolle der Türkei in der Flüchtlingskrise diskutieren. Die französische Ministerin für europäische Angelegenheiten **Nathalie Loiseau** wird an der Debatte über die Zukunft Europas teilnehmen.

Inhaltsverzeichnis

Neues aus der Kommission

Wirtschaftsprognose zeigt nach oben – Jetzt gezielte Investitionsanreize und Entlastungen für unsere Unternehmen!

Mit schätzungsweise 2,4 Prozent ist sowohl der Euroraum als auch die EU im Jahr 2017 so stark gewachsen wie seit zehn Jahren nicht mehr. Das robuste Wachstum dürfte sich laut der **EU-Winterprognose 2018** und 2019 sowohl im Euroraum als auch in der EU mit 2,3 bzw. 2,0 Prozent fortsetzen.

Österreichs Wirtschaft dürfte 2017 mit 3,1 Prozent doppelt so schnell gewachsen sein wie 2016 mit 1,5 Prozent. Für 2018 sagt die Prognose 2,9 Prozent, für 2019 2,3 Prozent BIP-Steigerung voraus. Österreich habe eindeutig von der **Stärkung des Welthandels und der zusätzlichen Nachfrage aus den Nachbarländern** profitiert. Nach einem moderaten Wachstum im Jahr 2016 (1,9 Prozent) dürften die **Exporte** 2017 um mehr als fünf Prozent gestiegen sein. Da Österreich gut in globale Wertschöpfungsketten integriert ist, stiegen auch die **Importe** spürbar an. Das Wachstum wurde überwiegend durch die **Inlandsnachfrage** mit hohen Investitionen getrieben. Unternehmen verzeichnen laut Prognose eine höhere Kapazitätsauslastung und haben begonnen, ihre Produktionsbasis zu erweitern und **Ersatzinvestitionen** zu tätigen. Stark war auch der private Konsum.

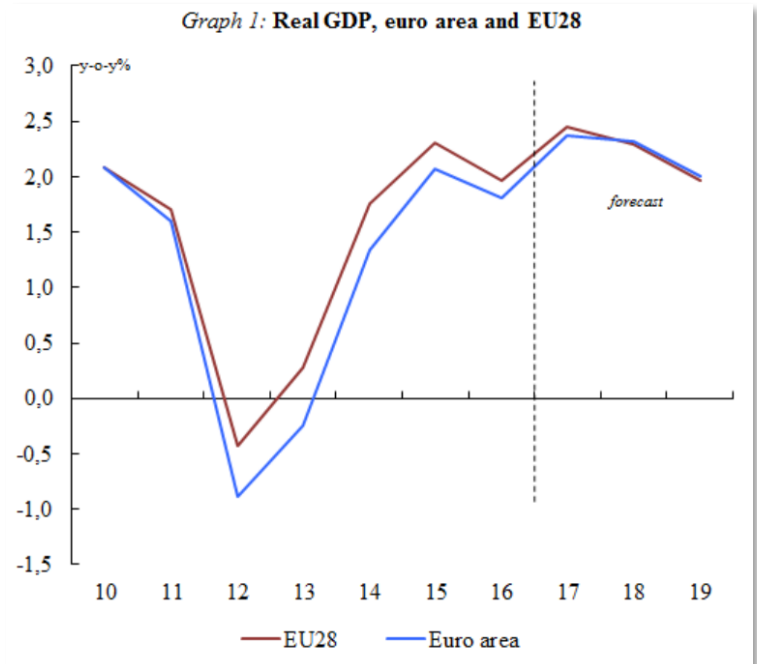
Um den positiven Trend zu unterstützen, fordert die WKÖ **gezielte Investitionsanreize sowie finanzielle Entlastung für Unternehmen und Entbürokratisierung**. Wichtig sind Strukturreformen und Investitionen in die Zukunftsbereiche Bildung, Forschung und Entwicklung sowie Innovation. Gleichzeitig müssen wir vor allem Europas **kleinen und mittleren Unternehmen den Rücken stärken**, denn ohne KMU sind nachhaltiges Wachstum, die weitere Erholung des europäischen Arbeitsmarktes und der Abbau der Jugendarbeitslosigkeit nicht denkbar.

Ansprechpartnerin: **Verena Martelanz**

Inhaltsverzeichnis

Konsultation zu KMU-Definition eröffnet: KMU brauchen maßgeschneiderte Lösungen für spezielle Herausforderungen

Die Europäische Kommission bewertet die Definition von kleineren und mittleren Unternehmen. Mittels **öffentlicher Konsultation** will sie allen interessierten Akteuren ermöglichen, Rückmeldungen zum KMU-Begriff zu geben. Die Definition von KMU ist in der Empfehlung 2003/361/EG geregelt. Sie ist bei EU-Maßnahmen in den



Quelle: Europäische Union

Bereichen Wettbewerb (staatliche Beihilfen), Strukturfonds, Forschung und Innovation sowie bei europäischen administrativen Freistellungen und Gebührenermäßigungen relevant.

Da bereits jetzt über 99 Prozent der Unternehmen in allen Mitgliedstaaten der EU KMU sind, ist eine **Erhöhung der Mitarbeiterzahl in der Definition nicht zielführend**. Allerdings ist eine **Anpassung der finanziellen Schwellenwerte (Umsatz bzw. Bilanzsumme)**, bis zu denen Unternehmen als KMU gelten, aus Sicht der WKÖ vorstellbar. KMU sind das Rückgrat der österreichischen und europäischen Wirtschaft. Sie sind die Treiber für Innovation, Wachstum und Arbeitsplätze. Gerade kleinere Unternehmen kämpfen jedoch besonders mit zu viel Bürokratie oder Schwierigkeiten beim Zugang zu Finanzierung.

Ansprechpartnerin: Claudia Golser

Konsultation zur Verbesserung der gegenseitigen Anerkennung von Hochschulabschlüssen sowie von Qualifikationen der Sekundarstufe II

In ihrer Mitteilung über die Stärkung der Europäischen Identität durch Bildung und Kultur schlägt die Kommission die **Schaffung eines Europäischen Bildungsraumes** vor. Zielsetzung ist, Studierenden und Forschenden volle Mobilität zu gewähren.

Eine der geplanten Maßnahmen ist ein **Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Förderung der gegenseitigen Anerkennung von Hochschulabschlüssen (aller Stufen) und von Abschlüssen und Diplomen in der Sekundarstufe II sowie von Studienzeiten im Ausland**. Als Teil des Konsultationsprozesses im Zuge der Erarbeitung des Vorschlages, holt die Kommission die Meinungen von Interessenträgern im Rahmen einer Umfrage ein. Frist für die Beteiligung ist Montag, 19. Februar 2018.

Ziel der zukünftigen Empfehlung des Rates ist es, die Mitgliedstaaten bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen, die sie durch das Lissabonner Anerkennungsübereinkommen und den **Bologna-Prozess** eingegangen sind, zu unterstützen. Die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission sollen in der Empfehlung dazu aufgefordert werden, konkrete Schritte zu unternehmen, welche zu einer verbesserten Mobilität in der allgemeinen und beruflichen Bildung durch die Förderung der gegenseitigen Anerkennung von Diplomen und Studienzeiten im Ausland führen.

Ansprechpartner: Martin Schmid

Inhaltsverzeichnis



Neues aus dem Europäischen Parlament

Aus für Geoblocking hat weitreichende Konsequenzen für Unternehmen

Das Plenum des Europäischen Parlaments hat am Dienstag für das Aus von Geoblocking gestimmt. Der Rat der EU muss die neue Verordnung noch formal bestätigen, dann wird diese neun Monate nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt unmittelbar in den Mitgliedstaaten anwendbar. Aus Sicht der Unternehmen sind **weitreichende Konsequenzen zu erwarten** – allen voran mehr Bürokratie, ein Anstieg der Kosten sowie der Gewährleistungsansprüche.

Es konnte erreicht werden, dass entgegen der ursprünglichen Pläne kein Lieferzwang besteht. Die jetzige Einigung ist **dennoch ein Eingriff in die Vertragsfreiheit**. Jeder Konsument in der EU soll die Möglichkeit haben, in jedem europäischen Online-Shop Waren zu bestellen, sofern die Ware in Österreich abgeholt wird. Unternehmer werden also zum Beispiel **Gewährleistungsfälle grenzüberschreitend abwickeln müssen**. Schon angesichts von Sprachbarrieren ist das gerade für KMU besonders schwierig und mit erheblichem Aufwand und damit Kosten verbunden.

Derzeit haben Unternehmer die Möglichkeit, sich freiwillig zu entscheiden, ob sie grenzüberschreitend aktiv sein oder zum Beispiel nur an Kunden im eigenen Niederlassungsstaat verkaufen wollen. **Mit der Geoblocking-Verordnung wird ihnen diese Entscheidungsfreiheit genommen**. Wenn Unternehmen mit immer mehr Verpflichtungen konfrontiert sind, werden sie es sich zwei Mal überlegen, eine Online-Präsenz aufzubauen. Damit ist das Gegenteil von dem erreicht, was die EU mit der Geoblocking-Verordnung eigentlich bezweckt.

Ansprechpartnerin: Verena Martelanz

Emissionshandelssystem: Nationale Maßnahmen müssen Verschärfungen auffangen

Im Juli 2015 setzte die EU-Kommission mit ihrem Vorschlag zur Überprüfung des EU-Emissionshandelssystems (**EU-ETS**) einen ersten legislativen Schritt zur Umsetzung der Zusage, in der EU die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 40 Prozent (im Vergleich zu 1990) zu senken. Diese Woche stimmte das EU-Parlament über die Reform ab. Der Text wurde mit 535 zu 104 Stimmen bei 39 Enthaltungen angenommen. Vor der Veröffentlichung im EU Amtsblatt muss auch der Rat noch formell bestätigen.

Die Beschlüsse enthalten einige wenige positive Punkte, wie beispielsweise die **Erhöhung der Gratiszertifikate** im Sinne der Wirtschaft. Sie bringen jedoch Verschärfungen für die betroffenen Unternehmen. So haben sich die EU-Akteure etwa darauf verständigt, die **Verknappung der Emissionszertifikate zu beschleunigen**. Der sogenannte lineare Reduktionspfad wird von jährlich 1,74 auf 2,2 Prozent erhöht. Weiters wurde die Anwendung der **Marktstabilitätsreserve** verschärft. Durch diesen Mechanismus werden weitere Zertifikate abgeschöpft. Die Verknappung von Zertifikaten ist kritisch zu sehen, da dies einen **Standortnachteil** im internationalen Wettbewerb bedeutet. **Aus Sicht der WKÖ braucht es nun nationale Kompensationsmechanismen, um Wettbewerbsnachteile für Österreichs Industrie zu beseitigen**.

Ansprechpartnerin: Barbara Dallinger

Inhaltsverzeichnis

Neues aus dem Gerichtshof der EU

Nationale Gerichte dürfen Sozialversicherungsbescheinigungen im Betrugsfall außer Acht lassen

Der Gerichtshof urteilte diese Woche in der **Rechtssache C-359/16 Altun**, dass **nationale Gerichte im Aufnahmestaat die Sozialversicherungsbescheinigungen der Herkunftsstaaten entsandter Arbeitnehmer im Betrugsfall unberücksichtigt lassen dürfen**. Dies gilt, wenn dem ausstellenden Träger Beweise für Betrug zur Kenntnis gebracht wurden und er es verabsäumt, Bescheinigungen innerhalb einer angemessenen Frist erneut

zu prüfen. Im Normalfall sind derartige A1-Bescheinigungen bindend, solange sie nicht von der ausstellenden Behörde widerrufen oder für ungültig erklärt werden (siehe EU-Panorama vom 2. Februar 2018).

Die belgische Sozialaufsichtsbehörde stellte bei einer Prüfung fest, dass ein belgisches Unternehmen für sämtliche seiner Baustellen ein bulgarisches Subunternehmen beauftragte, das Arbeitnehmer nach Belgien entsandte, selbst aber keine wesentlichen geschäftlichen Tätigkeiten in Bulgarien betrieb. Die belgischen Behörden reichten daher beim zuständigen bulgarischen Träger einen mit Gründen versehenen Antrag auf erneute Prüfung oder Widerruf der Sozialversicherungsbescheinigungen ein. In seiner Antwort berücksichtigte der bulgarische Träger die festgestellten und bewiesenen Tatsachen von belgischer Seite jedoch nicht.

Im Zuge der Diskussion um die **Änderung der VO 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit** fordert die WKÖ, dass nicht nur nationale Behörden über angemessene Möglichkeiten verfügen sollten, um den Sozialversicherungsstatus entsandter Arbeitnehmer zu kontrollieren. Auch **nationale Gerichte sollten die rechtmäßige Ausstellung überprüfen können**.

Ansprechpartnerin: Claudia Golser

Inhaltsverzeichnis

Inside Brussels

Österreicherin Jelinek wird oberste europäische Datenschutzbeauftragte



Andrea Jelinek,
Foto: BKA/Valerie Alwasiah

Österreichs Datenschutzbeauftragte Andrea Jelinek wird voraussichtlich erste Vorsitzende des Europäischen Datenschutzausschusses, dem auch als Artikel-29-Arbeitsgruppe bezeichneten Gremium.

Die europäischen Datenschutzbehörden haben diese Woche bei ihrer Plenarsitzung ihren neuen Vorsitz gewählt. Die österreichische Kandidatin gewann mit 17 zu neun Stimmen gegen ihren bulgarischen Herausforderer Ventsislav Karadjov.

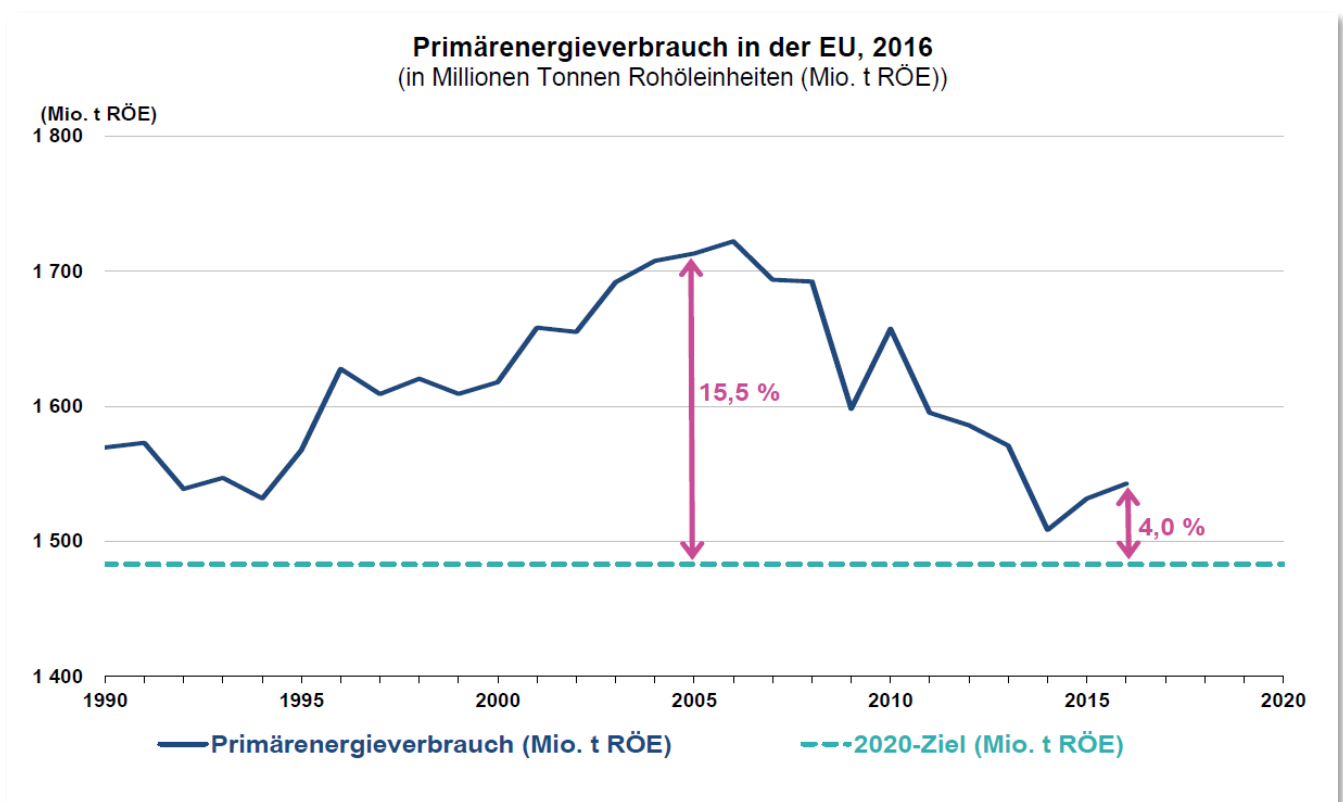
Mit der am 25. Mai in Kraft tretenden neuen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) nimmt auch das zur Überwachung der neuen Regelungen vorgesehene EU-Datenschutzboard seine Tätigkeit auf. Ziel der neuen Regelungen ist laut EU-Kommission eine **umfassende Reform des Datenschutzrechtsrahmens**.

Ansprechpartnerin: Verena Martelanz

Inhaltsverzeichnis

Energieverbrauch in der EU sinkt weiter – Realistische Ziele setzen

Die Europäische Union hat sich verpflichtet, ihren Energieverbrauch gegenüber den für 2020 prognostizierten Werten um 20 Prozent zu senken. Diese Vorgabe wird auch als „**20 Prozent-Energieeffizienzziel**“ bezeichnet. Während der Energieverbrauch laut eurostat zwischen 1996 und 2006 in 19 Mitgliedstaaten zunahm, meldeten zwischen 2006 und 2016 nur zwei Mitgliedstaaten einen Zuwachs, nämlich Estland und Polen. In **Österreich** wurde zwischen 2006 und 2016 um 1,1 Prozent weniger Energie verbraucht. Im Jahr 2016 war der Primärenergieverbrauch in der EU vier Prozent vom Energieeffizienzziel entfernt. Seit 1990, dem ersten Jahr, für welches Daten vorliegen, ist der Verbrauch um 1,7 Prozent zurückgegangen.



Quelle: eurostat

Im Rahmen der Überarbeitung der Energieeffizienz-Richtlinie wird die Zielvorgabe für 2030 diskutiert. Für unsere Mitglieder und insbesondere den Standort Österreich ist der Zugang zu leistbarer und sicherer Energie unverzichtbar. Aus Sicht der Wirtschaftskammer Österreich ist es daher unerlässlich, auf europäischer Ebene ein realistisches Energieeffizienzziel zu setzen, um gleichzeitig das Wirtschaftswachstum im Auge zu behalten.

Ansprechpartnerin: Barbara Dallinger

Inhaltsverzeichnis

Veranstaltungen

Europatag am 26. Februar in der WKÖ sucht Lösungen zum Fachkräftemangel

Eine wesentliche Zielsetzung der Arbeitnehmerfreizügigkeit ist es, Angebot und Nachfrage am europäischen Arbeitsmarkt bestmöglich in Einklang zu bringen. Länder wie Tschechien oder Polen, aus denen in der Vergangenheit viele qualifizierte Arbeitskräfte in die EU-15 abgewandert sind, weisen mittlerweile eine Arbeitslosenquote von 2,9 bzw. 4,8 Prozent auf und liegen damit vor Österreich. In **Österreich** verringerte sich in den letzten Jahren die Nettozuwanderung von Staatsangehörigen aus Rumänien, Bulgarien, Polen, Tschechien, etc. Der **internationale Wettbewerb um Fachkräfte** ist bereits in vollem Gange, gleichzeitig leiden die österreichischen Betriebe zunehmend unter Fachkräftemangel. Jedes zweite Unternehmen verzeichnet deswegen bereits **Umsatzeinbußen**.



Wie stellt sich die Situation auf den europäischen Arbeitsmärkten aktuell dar? Welche Erfahrungen machen die österreichischen Betriebe? Welche **Lösungsansätze** gibt es zur **Fachkräftesicherung**? Diesen Fragestellungen widmet sich der **Europatag** am 26. Februar von 9.00 bis 13.00 Uhr in der WKÖ. Anmeldungen sind bis zum 16. Februar 2018 **online** möglich. **Veranstaltungsort**: Wirtschaftskammer Österreich, Wiedner Hauptstraße 63, 1040 Wien.

Ansprechpartnerin: **Andrea Perina**

Inhaltsverzeichnis

Jobs + Jobs + Jobs

Single Resolution Board sucht Senior Fund Expert

Die Europäische Abwicklungsbehörde für die Bankenunion (SRB) hat folgende Ausschreibung bekanntgegeben:

Senior Fund Expert

Reference: SRB/AD/2018/003, Grade: AD8

Bewerbungen sind bis zum 5. März 2018 möglich, weitere Informationen sind **online** abrufbar.

ESMA sucht Head of Corporate Affairs Department

Die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) mit Sitz in Paris sucht:

Head of Corporate Affairs Department

ESMA/2018/VAC/AD11

Bewerbungen sind bis zum 12. März 2018 möglich, weitere Informationen zum Stellenangebot finden sich [online](#).

EU-Agenda

Sitzung der Europäischen Kommission

Die voraussichtlichen Themen der 2243. Sitzung am 14.02.2018:

Politikkoordination/ Haushalt

Mitteilung: Ein Europa, das seinen Verpflichtungen nachkommt: Institutionelle Optionen zur Steigerung der Effizienz von EU-Maßnahmen

Empfehlung zur Stärkung des europäischen Charakters und des wirksamen Ablaufs der Wahlen zum Europäischen Parlament 2019

Mitteilung: Ein neuer und moderner mehrjähriger Finanzrahmen für eine Europäische Union, die ihre Prioritäten nach 2020 wirksam umsetzt

Tagungen des Rates

15. Februar Bildung, Jugend, Kultur und Sport

Halbzeitbewertung des Programms Erasmus+ und künftige Leitlinien für die Zeit nach 2020

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Dezember 2017 – Bildungsaspekte

Inhaltsverzeichnis

Ausgewählte laufende Konsultationen

Bank- und Finanzwesen

Öffentliche Konsultation zum Aufbau eines angemessenen regulatorischen Umfelds zur Unterstützung der KMU-Notierung
18.12.2017 - 26.02.2018

Öffentliche Konsultation zur Eignungsprüfung der Aufsichts-Berichterstattung
01.12.2017 - 28.02.2018

Beschäftigung und Soziales

Öffentliche Konsultation zu EU-Fonds im Bereich der Kohäsion
10.01.2018 - 08.03.2018

Binnenmarkt, Unternehmertum und KMU, Industrie

Offene Konsultation zu den EU-Vorschriften über Produkte für den Hoch- und Tiefbau
22.01.2018 - 16.04.2018

Öffentliche Konsultation zu EU-Fonds im Bereich Investitionen, Forschung und Innovation, KMU und Binnenmarkt
10.01.2018 - 08.03.2018

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Kultur und Medien, Verbraucherschutz

Öffentliche Konsultation zu EU-Fonds im Bereich Werte und Mobilität
10.01.2018 - 08.03.2018

Europäische Nachbarschaftspolitik / EU-Erweiterung

Öffentliche Konsultation zur Thematischen Evaluierung der Unterstützung für die Reform der öffentlichen Verwaltung im Rahmen des Instruments für Heranführungshilfe und des Europäischen Nachbarschaftsinstruments
06.11.2017 - 12.02.2018

Grenzen und Sicherheit

EU-Fonds im Bereich der Sicherheit
10.01.2018 - 08.03.2018

Öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der EU-Verordnung über Ausgangsmaterialien für Explosivstoffe
06.12.2017 - 14.02.2018

Justiz und Konsumenten

Öffentliche Konsultation zur Modernisierung der justiziellen Zusammenarbeit in Zivil- und Handelssachen in der EU (Überarbeitung der Verordnung (EG) 1393/2007 über die Zustellung von Schriftstücken und der Verordnung (EG) Nr. 1206/2001 über die Beweisaufnahme)
08.12.2017 - 02.03.2018

Klimaschutz, Landwirtschaft und Umwelt, Unternehmen und Industrie

Öffentliche Konsultation zur Errichtung des Innovationsfonds
15.01.2018 - 10.04.2018

Bewertung der EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel
07.12.2017 - 01.03.2018

Inhaltsverzeichnis

Entscheidungen über die Methoden zur Festlegung eines Verzeichnisses der Sektoren und Teilsektoren, von denen angenommen wird, dass sie einem erheblichen Risiko einer Verlagerung von CO2-Emissionen ausgesetzt sind, für den Zeitraum 2021-2030
20.11.2017 - 12.02.2018

Landwirtschaft und Einzelhandel

Konsultation - Ergebnisse der Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums für den Zeitraum 2007-2013
22.01.2018 - 20.04.2018

Lebensmittelsicherheit

Öffentliche Konsultation zur Transparenz und Nachhaltigkeit der EU-Risikobewertung in der Lebensmittelkette
23.01.2018 - 20.03.2018

Öffentliche Konsultation zur REFIT-Evaluierung der EU-Rechtsvorschriften über Pflanzenschutzmittel und Pestizidrückstände
13.11.2017 - 12.02.2018

Migration und Asyl

EU-Fonds im Bereich Migration
10.01.2019 - 08.03.2018

Mobilität und Transport

Öffentliche Konsultation zur Verbesserung der Eisenbahnsicherheit für Passagiere
08.12.2017 - 16.02.2018

Öffentliche Gesundheit

Öffentliche Konsultation zur Verstärkung der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von durch Impfung vermeidbaren Krankheiten
21.12.2017 - 15.03.2018

Umwelt, Chemikalien, Öffentliche Gesundheit, Wasserressourcen, Bodenqualität, Abfallvermeidung und Wiederverwertung

Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Verordnung über die Verbringung von Abfällen
30.01.2018 - 27.04.2018

Öffentliche Konsultation zur Warendefinition der EU-Holzverordnung
29.01.2018 - 24.04.2018

Öffentliche Konsultation zur Bewertung und eventuellen Überarbeitung der Richtlinie 2000/14/EG über umweltbelastende Geräuschemissionen
23.01.2018 - 18.04.2018

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Konsultation zur Initiative der EU für Bestäuber
11.01.2018 - 05.04.2018

Öffentliche Konsultation zur Reduzierung von Meeresmüll: Maßnahmen für Einweg-
kunststoffe und Fanggeräte
15.12.2017 - 12.02.2018

Öffentliche Konsultation über Arzneimittel in der Umwelt
22.11.2017 - 21.02.2018

Unternehmen und Industrie

Öffentliche Konsultation zur Überprüfung der Definition von KMU
06.02.2018 - 06.05.2018

Verkehrsinfrastruktur, Energie, Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Umwelt, Klimaschutz

Öffentliche Konsultation zu EU-Fonds im Bereich der strategischen Infrastrukturen
10.01.2019 - 08.03.2018

Inhaltsverzeichnis